

Vorsitzender: Theo Keck
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

An den

Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg
Herrn Winfried Kretschmann
Staatsministerium
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Landeselternbeirat beklagt Rolle rückwärts beim Bildungsplan

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

über alle Schularten hinweg begrüßt der Landeselternbeirat die Zielsetzungen der Bildungsplanreform, auf der Grundlage eines gemeinsamen, an den Bildungsstandards orientierten Basisplans für mehr Durchlässigkeit zwischen den Schularten zu sorgen. Durch die verbesserte Abstimmung zwischen Grundschule, weiterführenden Schulen und beruflicher Ausbildung sollen die jeweiligen Übergänge erleichtert werden. Deshalb beklagt der Landeselternbeirat die Rolle rückwärts, die die Politik nun bei der Bildungsplanreform unter dem Druck der gymnasialen Interessenverbände vollzogen hat, so dass offenbar die Erarbeitung eines gymnasialen Bildungsplans in einer eigenständigen Bildungsplankommission vorgesehen ist.

Übergänge und Wechsel zwischen den Schularten gehören zu den problematischen Momenten in der Bildungsbiografie von Schülerinnen und Schülern. Gerade in Baden-Württemberg ist ein Schulartwechsel durch die unterschiedlichen Bildungspläne bisher erschwert und findet deshalb weit überwiegend als Abschulung, also „nach unten“ statt. Die Umstellung, die einem Schüler beim Umzug in ein anderes Bundesland abverlangt wird, ist schlimm genug, da sollte wenigstens innerhalb unseres Bundeslands das Schulsystem aufeinander abgestimmt sein. Die Abschottung der Schularten durch unterschiedliche Bildungspläne und Fächerverbände muss deshalb überwunden werden.

Auch die Beteiligung des Landeselternbeirats als höchstem Gremium der Elternvertretung sowie das angekündigte, breit angelegte Verfahren für Bürgerbeteiligung befürwortet der LEB ausdrücklich. So wird erstmals möglich, dass alle interessierten und betroffenen Bürgerinnen und Bürger sich in den Bildungsplan-Prozess einbringen können. Dass die Verbände auch schon vor Beginn eines solchen Beteiligungsverfahrens die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, liegt in der Natur der Sache. Der Landeselternbeirat versteht sich dabei als Interessenvertretung aller Eltern im Land, setzt sich für optimale Lernbedingungen für die Schüler aller Schularten ein und weist eine Instrumentalisierung durch die Vertreter einzelner Schularten immer wieder zurück.

Deshalb hat der Landeselternbeirat die Wirkungen der Drohkulisse der Interessenvertretungen gymnasialer Direktoren und Lehrer, Qualität, Zukunftsfähigkeit oder gar der Fortbestand des allgemeinbildenden Gymnasiums seien gefährdet, mit einiger Sorge registriert, weil die fortgesetzte Abschottung des allgemeinbildenden Gymnasiums das wichtige Reformziel einer verbesserten Durchlässigkeit zwischen allen Schularten verwässern würde.

Leider haben Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, unsere Befürchtungen bestätigt, als Sie entgegen der bisherigen Konzeption des Kultusministeriums die Erarbeitung eines eigenständigen Bildungsplans für das allgemeinbildende Gymnasium zugesichert haben. In der Öffentlichkeit und auch in der Elternschaft wurde schon diese Nachricht als ein Zurückweichen der Politik vor dem Druck gymnasialer Interessenverbände gewertet.

Dass nun in der Folge neben der gemeinsamen Bildungsplankommission aller Schularten von Anfang an eine separate Bildungsplankommission für das allgemeinbildende Gymnasium an der Erarbeitung eines separaten gymnasialen Bildungsplans arbeiten wird, hat bei den Mitgliedern des Landeselternbeirats deutlichen Protest hervorgerufen. Wir befürchten, dass die Einflussnahme der gymnasialen Interessenverbände am Ende dazu führen wird, dass die Eltern in Baden-Württemberg ihre Hoffnungen auf bessere Übergänge zwischen den Schularten womöglich schon im Vorfeld begraben müssen, weil die Politik den Abgrenzungstendenzen einzelner Schularten leichtfertig nachgegeben hat.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

die Mitglieder des Landeselternbeirats hoffen deutlich gemacht zu haben, dass sie sich als Interessenvertretung der Eltern und Schüler aller Schularten in Baden-Württemberg verstehen und deshalb die Erleichterung von Schulartwechseln und Übergängen, also die Durchlässigkeit der Schulsystems, über die Partikularinteressen einzelner Schularten stellen.

Wir würden uns wünschen, dass unser Brief die Landesregierung und Sie persönlich in Ihren im Koalitionsvertrag formulierten Absichten und Plänen bestärkt, die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg so weiterzuentwickeln, dass sie den Potenzialen allen Schülerinnen und Schülern gerecht werden kann und dabei für mehr Chancengerechtigkeit durch die Bildung sorgt.

Mit freundlichen Grüßen



Theo Keck

Vorsitzender des 16. Landeselternbeirats

Stuttgart, den 18.12.2012